

Resolution

Kreisverband Freiburg im Breisgau

Chantal Kopf
Kreisvorsitzende
Hubert Germann
Kreisvorsitzender

Rehlingstr. 16a
79100 Freiburg
Tel: +49 (761) 70 12 14
Fax: +49 (761) 7 54 05
kv@gruene-freiburg.de

Freiburg, 19. März 2019

Freiburg zu einem sicheren Hafen machen!

Nach wie vor müssen Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, bisweilen mehrere Wochen auf See warten bis sie europäischen Boden betreten dürfen. Und noch immer ertrinken viele Geflüchtete im Mittelmeer. Um diese menschenunwürdige Situation zu beenden, die durch die Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten entstanden ist, übernehmen nun einzelne Städte in ganz Europa Verantwortung und erklären sich bereit, die Geretteten aufzunehmen.

Wir bekräftigen hiermit unsere Solidarität – mit den Städten, die sich schon zu einem sicheren Hafen erklärt haben, mit den Geflüchteten und den Seenotretter*innen.

Wir fordern, dass die Stadt Freiburg, entsprechend der verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen, die mögliche Kontingentgröße für die Aufnahme von geflüchteten Menschen benennt, die aus Seenot gerettet wurden. Städte vergleichbarer Größe wie Kiel und Lübeck haben sich bspw. bereiterklärt bis zu 40 geflüchtete Menschen aufzunehmen.

Wir fordern die baden-württembergischen Landesregierung auf, ein Sonderkontingent „Seenotgerettete“ aufzunehmen. Ein solches Programm ist die rechtliche Voraussetzung für die Aufnahme durch die Kommunen. Wir fordern, dass sich die Stadt Freiburg und die Landesregierung auf Bundesebene für die Aufnahme eines Sonderkontingents einsetzen.

Die illegale Rückführung der Geretteten an die nordafrikanische Küste lehnen wir ab. Das Völkerrecht und die Menschenrechtsslage dieser Länder, insbesondere Libyens, verbietet es, die geflüchteten Menschen dorthin zurückzubringen.

Freiburg besitzt die Kapazitäten und Ressourcen, um einen Teil dieser Menschen aufzunehmen und zu versorgen.

Ein besonderer Dank gilt der Arbeit von der Seebrücke Freiburg, die mit ihrer unermüdlichen Arbeit uns das Leiden im Mittelmeer immer wieder vor Augen führt. Wir unterstützen auch weiterhin diese Arbeit.